

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Fall Nawalny

EU bereit für Restriktionen
gegen Russland

Seite 3

IM FOKUS

Pandemie-Vorkehrungen

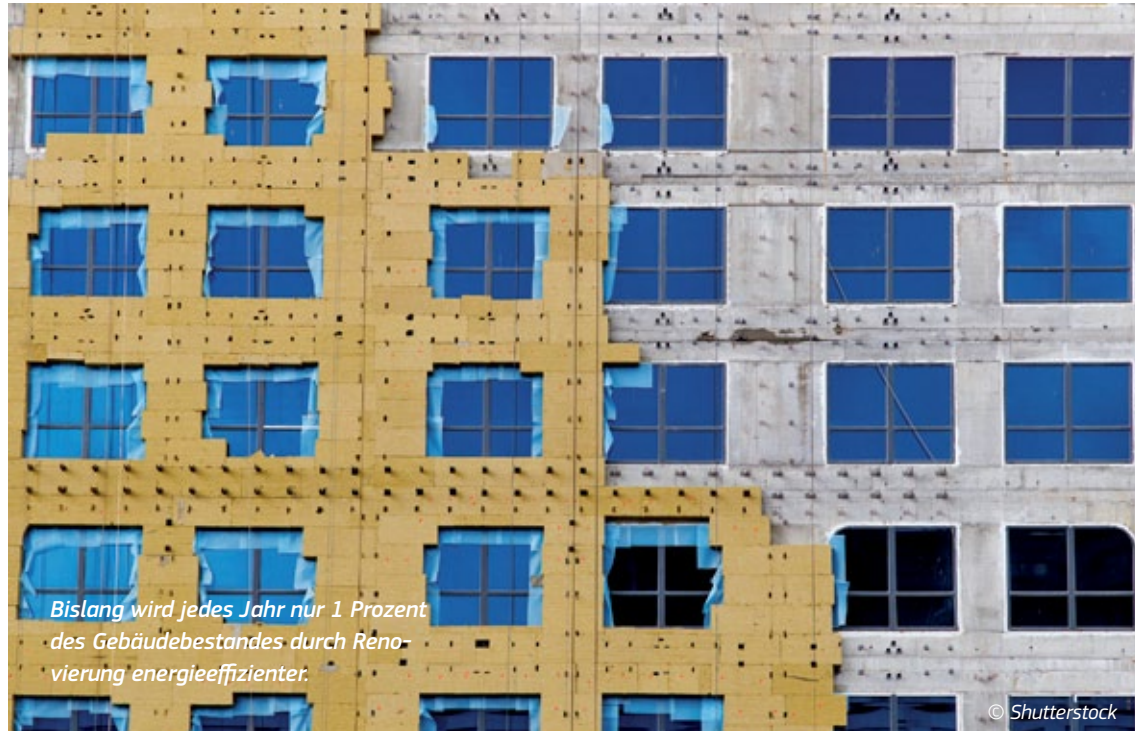
Kommission stellt Pläne
für Impfvorbereitung vor

Seite 4

Lage der Roma

Neuer Aktionsplan für Gleich-
stellung auf den Weg gebracht

Seite 6



*Bislang wird jedes Jahr nur 1 Prozent
des Gebäudebestandes durch Reno-
vierung energieeffizienter.*

© Shutterstock

NEUE KOMMISSARE

EU-Parlament stimmt Vorschlägen zu

Das Europäische Parlament ist den Vorschlägen von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gefolgt und hat die Ernennung von Mairead McGuinness als EU-Kommissarin für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmärkte bestätigt. Zugestimmt wurde auch dem Ressortwechsel des Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission, Valdis Dombrovskis, aus Lettland. Dombrovskis ist nun für Handelsfragen zuständig. Beide Politiker überzeugten die Abgeordneten in Anhörungen im Europäischen Parlament. „Gut gemacht“, beglückwünschte von der Leyen Mairead McGuinness. Mit ihrer Ernennung erreicht die Kommission nun die von der Präsidentin angekündigte Gender-Equality.

Neue EU-Kommissare

EUROPÄISCHER GRÜNER DEAL

EU-Kommission startet Renovierungswelle

Um den europäischen Grünen Deal voranzutreiben, setzt die EU-Kommission auch auf die energetische Gebäudesanierung. Bis zum Jahr 2030 soll die Renovierungsrate in der Europäischen Union auf mindestens 2 Prozent verdoppelt werden. Rund 35 Millionen Gebäude in Europa sollen in den nächsten Jahren saniert werden.

> „Der grüne Aufbruch beginnt zu Hause“, sagte Energiekommissarin Kadri Simson zum Start der Renovierungswelle. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte das Ziel ausgegeben, Europa bis zum Jahr 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen. Um dieses Vorhaben zu erreichen, soll nach den Plänen der Kommission der Ausstoß der Klimagase bis 2030 um mindestens 55 Prozent sinken.

Allein im Gebäudesektor sollen dazu bis zum Ende des Jahrzehnts 60 Prozent der Kohlendioxidemissionen eingespart werden. Dazu muss der Energieverbrauch um 14 Prozent zurückgefahren werden, der Energieverbrauch für Klimaanlagen um bis zu 18 Prozent. „Wir möchten öffentliche und private Gebäude energieeffizienter und wohnlicher gestal-

ten – und das in der gesamten EU. Unsere Gebäude benötigen 40 Prozent unseres Energieverbrauchs. Bei manchen Gebäuden läuft die Renovierung oder Sanierung bereits. Doch wenn wir das aktuelle Tempo beibehalten, wird es mehr als ein Jahrhundert dauern, bis die Emissionen unserer Gebäude bei null liegen“, stellte von der Leyen klar.

Bis zum Jahr 2030 sollen jährlich 275 Mrd. Euro Investitionen mobilisiert und rund 160.000 zusätzliche Jobs geschaffen werden, erläuterte Exekutiv-Vizepräsident Frans Timmermans. „Die Renovierungswelle wird die Orte verbessern, an denen wir arbeiten, leben und lernen. Zugleich wird unser Einfluss auf Umwelt und Klima verringert und tausende Jobs für Europäerinnen und Europäer geschaffen,“ erklärte Timmermans. >>

Nachhaltigkeit und Design

Die EU will ein neues europäisches Bauhaus aus der Taufe heben – inspiriert von der vor einem Jahrhundert gegründeten Kunstschule, die Form und Funktion miteinander verband. „Es wird eine Bewegung sein, die auf Nachhaltigkeit und Ästhetik basiert, um den Menschen den europäischen Green Deal näher zu bringen“, sagte von der Leyen. In einer ersten Phase sollen Wissenschaftler, Architekten, Designer, Künstler und die Zivilgesellschaft interdisziplinär bis Sommer 2021 Anforderungen an eine neue Formsprache entwickeln, die Nachhaltigkeit und Digitalisierung mit ästhetischen Aspekten verbindet. In einer zweiten Phase werden 2022 fünf Pilotprojekte auf den Weg gebracht, etwa zu nachhaltigem Bauen oder neuen Mobilitätsformen. In einem dritten Schritt sollen die Ideen weltweit als Europas neue Handschrift der Zukunft bekannt gemacht werden. „Das Notwendige kann auch schön sein“, sagte von der Leyen.

>> Die EU setzt bei der Renovierungswelle verstärkt auf die Sanierung öffentlicher Gebäude wie Schulen, Kliniken und Verwaltungseinrichtungen. Aber auch für private Hausbesitzer stehen Veränderungen an. Im Einzelnen umfasst die Strategie unter anderem:

- > **Verbindliche Energie-Mindeststandards.** Dazu gehören verbindliche Mindestnormen für die Gesamtenergieeffizienz, aktualisierte Vorgaben für Energieeffizienzausweise und gegebenenfalls stärkere Vorgaben bei Renovierungsanforderungen für Gebäude im öffentlichen Sektor.
- > **Dekarbonisierung von Wärme- und Kälteerzeugung.** So wird im Zuge der für Juni 2021 geplanten Überprüfung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie erwogen, ein Mindestniveau an Energie aus erneuerbaren Quellen für Gebäude einzuführen.
- > **Bezahlbare Energie.** Die Pläne umfassen eine für 100 Pilotprojekte ausgelegte Initiative für bezahlbaren Wohnraum. So werden in Tschechien bereits bevorzugt Sozialwohnungen energetisch saniert. „Wir wollen ein Europa, in dem jeder sein Haus heizen kann“, kündigte Kadri an.

Von „einem langfristigen Ziel mit kurzfristigen Ergebnissen“, sprach Timmermans. Kadri ermunterte die Mitgliedstaaten, Mittel der im Zuge des vereinbarten Aufbaufonds Next Generation EU für die Sanierung von Gebäuden zu nutzen.

Strategie für schadstofffreie Umwelt

Darüber hinaus stellte die Kommission eine Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit vor. Die Strategie ist ein erster Schritt in Richtung Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt, das im europäischen Grünen Deal angekündigt wurde. Der Plan sieht unter anderem das Verbot von hormonell ak-

tiven Stoffen sowie per- und polyfluorierten Alkylverbindungen in Plastikprodukten wie zum Beispiel Spielwaren vor.

Ferner sollen gesundheitsgefährdende Chemikalien durch andere Stoffe ersetzt werden. Informationen und Forschungsergebnisse über gefährliche chemische Stoffe sollen für die Bürgerinnen und Bürger leichter zugänglich sein. Substanzen, die in Europa verboten sind, dürfen auch nicht für den Export produziert werden. „Chemikalien sind Teil unseres täglichen Lebens“, sagte Timmermans, „aber wir müssen sicherstellen, dass Chemikalien so hergestellt und eingesetzt werden, dass sie die menschliche Gesundheit und unsere Umwelt nicht verletzen.“

Im Zuge des europäischen Grünen Deals verabschiedete die Kommission auch eine Methanstrategie, um den Ausstoß des nach Kohlendioxid zweitwichtigsten Klimagases zu verringern. So sollen Methanemissionen besser erfasst werden. Im Energiesektor wird ein Ende des Abfackelns von Methangas geprüft, in der Landwirtschaft sollen innovative Methoden zur Verringerung des Ausstoßes des Gases erforscht werden, in der Abfallwirtschaft die Bewirtschaftung von Deponiegas verbessert werden. Auf Energie, Landwirtschaft und Abfallwirtschaft entfallen 95 Prozent der Methan-Emissionen.

Zugleich legte die Kommission erstmals seit Verabschiedung des Grünen Deals den jährlichen Bericht zur Lage der Energieunion vor. Darin werden die Klimaanstrengungen der Mitgliedstaaten mit Blick auf die Klima- und Energieziele der EU bewertet. (pr) >|

■ *Renovierungswelle*

Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit Für eine schadstofffreie Umwelt

Die Chemikalienstrategie ist ein erster Schritt in Richtung eines **Null-Schadstoff-Ziels** für eine schadstofffreie Umwelt, das im **europäischen Grünen Deal** angekündigt wurde.



Europa ist der zweitgrößte Chemikalien-Hersteller mit **16,9 %** des weltweiten Umsatzes



Die EU-Chemieindustrie hat **1,2 Millionen** Beschäftigte



59 % der Produktion gehen an andere Sektoren, darunter Gesundheitswesen, Baugewerbe, Automobil-, Elektronik- und Textilindustrie

FALL NAWALNY

EU bereit für Restriktionen gegen Russland



© Gregory Stein / Shutterstock.com

Nach dem Giftanschlag auf den russischen Regimekritiker Alexej Nawalny (Foto) leitet die Europäische Union Sanktionen gegen Russland ein. Er habe die russische Regierung „über die EU-Entscheidung informiert, jene mit Sanktionen zu belegen, die mit dem Anschlag auf Nawalny in Verbindung stehen“, erklärte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, nach einem Telefonat mit dem russischen Außenminister Sergeij Lawrow. Demnach sollen sechs Personen und ein Forschungsinstitut mit Restriktionen bedacht werden. Das Forschungsinstitut wurde ausgewählt, weil es in das Nowitschok-Programm eingebunden ist.

Unabhängige Untersuchungen hatten bei Nawalny eine Vergiftung mit dem in der Sowjetunion entwickelten Nervengift Nowitschok ergeben. Es gebe „keine andere plausible Erklärung für die Vergiftung von Herrn Nawalny als eine russische Beteiligung und Verantwortung“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister Frankreichs und Deutschlands, Jean-Yves Le Drian und Heiko Maas.

■ *Erklärung Borrells*

HOCHSCHULGESETZ

Klage gegen Ungarn erfolgreich

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat einer Klage der EU-Kommission gegen das Hochschulgesetz der ungarischen Regierung stattgegeben. Ungarn hatte vor drei Jahren besondere Anforderungen an Hochschulträger aus dem Ausland eingeführt, in der Folge musste die internationale Central European University (CEU) von Budapest nach Wien ausweichen. Die Kommission sah in den Finanzierungsbeschränkungen unter anderem einen Verstoß gegen das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO.

Der EuGH gab dem statt. Zudem habe Ungarn EU-Grundrechte wie die akademische Freiheit verletzt. Der Gerichtshof hatte Ungarn in diesem Jahr bereits wegen seiner Weigerung, den Beschluss der Mitgliedstaaten zur Umverteilung von Flüchtlingen umzusetzen, wegen der menschenunwürdigen Unterbringung von Asylbewerbern im Land sowie wegen der Einschränkung der Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen verurteilt. Die CEU erwägt eine Rückkehr nach Budapest.

■ *Vertragsverletzungsverfahren*

BELARUS

EU droht Lukaschenko mit Sanktionen

Die EU-Staats- und Regierungschefs haben sich bei ihrer Sondertagung in Brüssel auf Sanktionen gegen Verantwortliche für staatliche Gewalt in Belarus verständigt. Sie sei sehr froh, dass der Weg nun frei sei für Sanktionen gegen jene, die für das harte Vorgehen gegen Demonstranten und Oppositionspolitiker in Belarus verantwortlich sind, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Die Außenminister der Mitgliedstaaten erklärten, die Sanktionen sollen notfalls auch Machthaber Alexander Lukaschenko persönlich einschließen, falls sich die Lage nicht verbessert. Die EU unterstütze uneingeschränkt das demokratische Recht der belarussischen Bevölkerung, ihren Präsidenten in freien und fairen Neuwahlen ohne Einmischung von außen zu bestimmen, heißt es in der Gipfelerklärung. Zudem fordert die EU die belarussischen Behörden auf, Gewalt und Repression zu beenden, politische Gefangenen freizulassen, die Freiheit der Medien und die Zivilgesellschaft zu achten und einen nationalen Dialog einzuleiten.

■ *Gemeinsame EU-Linie zu Belarus*

STRATEGISCHE INTERESSEN WAHREN

EU startet einheitliche Prüfung ausländischer Direktinvestitionen

Der EU-Rahmen für die Prüfung ausländischer Investitionen (FDI) ist seit dem 11. Oktober voll funktionsfähig. Die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten können jetzt innerhalb des Rahmens ihre Maßnahmen zu ausländischen Investitionen koordinieren. „Die EU ist und bleibt offen für ausländische Investitionen. Aber diese Offenheit ist nicht bedingungslos“, sagte Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis.

Die jetzt umgesetzte Verordnung schafft einen Kooperationsmechanismus, um Informationen auszutauschen und gegebenenfalls Bedenken im Zusammenhang mit bestimmten Investitionen, etwa im Bereich der strategischen Infrastruktur, vorzubringen. „Um auf die heutigen wirtschaftlichen Herausforderungen zu reagieren, wichtige europäische Vermögenswerte zu schützen und die kollektive Sicherheit zu gewährleisten, müssen die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission eng zusammenarbeiten“, erklärte Dombrovskis.

■ *Investitionskontrolle*

PANDEMIE-VORKEHRUNGEN

Kommission bereitet EU-Staaten auf **Verteilung** eines möglichen **Corona-Impfstoffes** vor

Im Kampf gegen Corona hat die EU erstmals ihre Empfehlungen an die Mitgliedstaaten veröffentlicht, welche Bevölkerungsgruppen prioritär eine Impfung gegen COVID-19 erhalten sollten, sobald ein sicherer und wirksamer Impfstoff verfügbar ist. „Wir haben intensive Anstrengungen unternommen, um Vereinbarungen mit Pharmaunternehmen zu treffen und uns künftige Impfstoffdosen zu sichern“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. „Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass wir vollumfänglich für die Bereitstellung des Impfstoffs vorbereitet sind, sobald dieser entwickelt wurde. Mit unserer Impfstrategie helfen wir den EU-Ländern bei der Ausarbeitung ihrer jeweiligen Impfkampagne.“

> Sie sagte weiter: „Dies umfasst die Entscheidung, wer als erstes geimpft werden sollte, wie eine gerechte Verteilung erreicht werden kann und wie die Schwächsten geschützt werden können. Wenn unsere Impfmaßnahmen erfolgreich sein sollen, müssen wir jetzt die erforderlichen Vorkehrungen treffen.“

Alle Mitgliedstaaten werden gleichzeitig auf Impfstoffe gegen COVID-19 zugreifen können, und zwar abhängig von ihrer Bevölkerungsgröße. Zu Beginn der Bereitstellung und bis die Produktion aufgestockt werden kann, wird die Gesamtzahl der Impfstoffdosen jedoch begrenzt sein. Ohne Angabe einer Rangfolge nennt die Kommission Beispiele für prioritäre Gruppen, die die Länder beachten sollten, wenn Impfstoffe gegen COVID-19 bereitstehen:

- > Gesundheits- und Pflegepersonal,
- > über 60-Jährige,
- > Menschen, bei denen aufgrund ihres Gesundheitszustands ein erhöhtes Risiko besteht,
- > systemrelevantes Personal,
- > Menschen, die die Abstandsregeln nicht einhalten können sowie stärker benachteiligte gesellschaftliche Gruppen.

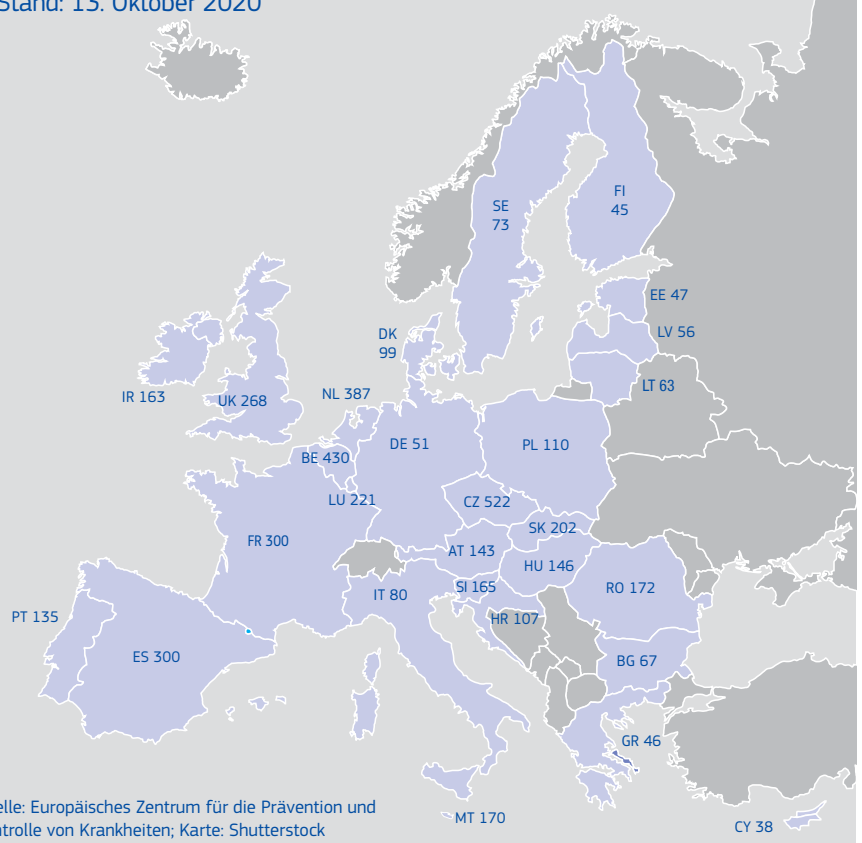
„Sicherheit genießt bei der Entwicklung von Impfstoffen höchste Priorität“, stellte Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides klar. Die Kommission besiegelte bereits mit mehreren Impfstoffherstellern Lieferverträge, darunter die deutschen Firmen BioNTech und CureVac. Zudem hat die Kommission mit dem Hersteller Gilead die Lieferung von bis zu 500.000 Dosen Remdesivir vereinbart. Die bestellten Mittel stehen nicht allein den EU-Mitgliedstaaten offen. Die Kommission setzt sich weltweit für eine gerechte Verteilung der Corona-Medikamente ein.

Klare Regeln für Reisen

Für Reisen innerhalb Europas herrscht künftig mehr Klarheit bei Test- und Quarantänevorschriften und der Einstufung von Corona-Risikogebieten. Darauf

Die COVID-19-Situation in der EU und Großbritannien

Infizierte pro 100.000 Einwohner innerhalb der vergangenen 14 Tage, Stand: 13. Oktober 2020



verständigten sich die Mitgliedstaaten nach einem Vorstoß der EU-Kommission.

Die vereinbarte Reise-Regelung umfasst eine Europakarte mit einheitlichen Farbcodes – grün, orange, rot –, die auf der Grundlage gemeinsamer Kriterien erstellt wird. Zwischen grün eingestuft Gebieten kann frei gereist werden. Reisebeschränkungen sollten 24 Stunden vor Inkrafttreten veröffentlicht werden. Ausnahmen von der Quarantäne soll es für Grenzpendler oder aufgrund wichtiger familiärer Gründe geben. (pr) >|

■ Bereitstellung von Impfstoffen

ERWEITERUNGSPAKET

Kommission bewertet Fortschritte der Beitrittskandidaten

Die Kommission sieht die Staaten des westlichen Balkans auf dem Weg in die EU. „Die Bürgerinnen und Bürger des Westbalkans sind Teil Europas und gehören in die Europäische Union“, sagte Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der EU-Kommission, bei der Vorstellung der Fortschrittsberichte der Beitrittskandidaten. Zurückhaltender fiel die Bewertung der Beitrittsperspektive der Türkei aus. Das Land habe sich „weiter von der EU entfernt“, stellte der Fortschrittsbericht fest.

> Mit Montenegro (2012), Serbien (2014) sowie der Türkei (2005) sind bereits Beitrittsgespräche aufgenommen worden. Im März 2020 stimmten die Mitgliedstaaten auch dem Beginn der Verhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien zu. Bosnien und Herzegowina sowie das Kosovo sollen folgen.

Blick auf den Westbalkan

„Unsere strengen, aber fairen Bewertungen geben heute Aufschluss darüber, wo die Länder bei den Reformen stehen, und enthalten klarere Leitlinien zu den künftigen Schritten“, sagte Olivér Várhelyi, Kommissar für Nachbarschaft und Erweiterung, mit Blick auf die Staaten des Westbalkans. Eine Bindung der Region liege im geopolitischen Interesse der EU. Zugleich mahnte er ernsthafte Reformen in den Ländern an.

Im Einzelnen wurde unter anderem festgestellt:

- > Mit Serbien wurden in den Beitrittsgesprächen bisher 18 der 35 Kapitel eröffnet und zwei davon vorläufig geschlossen. Doch mahnte der Bericht die konsequente und effiziente Umsetzung bei der Wahrung der Grundrechte in Serbien an. Zudem soll das Land den Ausgleich mit dem Kosovo vorantreiben.
- > Für Montenegro sind in den Beitrittsverhandlungen 33 Kapitel eröffnet und drei vorläufig abgeschlossen worden.
- > Auch Albanien und Nordmazedonien sind bei den Reformen vorangekommen, stellte der Bericht fest. So seien in Albanien bei der Reform der Verwaltung „einige Fortschritte“ zu verzeichnen.
- > Bosnien und Herzegowina soll die vereinbarten Reformen weiter vorantreiben. Dazu gehören unter anderem die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat, die Gewährleistung der Grundrechte sowie die Reform der Verwaltung.



Credit © European Union, 2020

Die Kommission stellte zudem 3 Mrd. Euro an Corona-Hilfen für die Länder der Region bereit, um die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie zu überwinden, u.a. 50 Mio. Euro für das Kosovo, 30 Mio. Euro für Montenegro und 80 Mio. Euro für Nordmazedonien. Der Investmentplan „wird die wirtschaftliche Entwicklung der Region vorantreiben und uns näher zusammenbringen“, erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

Anfang Oktober reiste EU-Kommissar Olivér Várhelyi nach Skopje in Nordmazedonien, um die wirtschaftliche Erholung und Konvergenz zu unterstützen.

“ Die Berichte des Erweiterungspakets enthalten eine strenge Bewertung der Fortschritte, in der die nächsten Schritte aufgezeigt werden und verdeutlicht wird, was bereits erreicht wurde und wo noch harte Arbeit zu leisten ist. ”

Die Türkei bleibt ein wichtiger Partner der EU, festgestellt werden aber „gravierende Rückschritte“ bei Demokratie, Rechtsstaat, Grundrechten und Justiz. Zudem bekräftigte der Bericht die Forderung des Gipfels vom 1. Oktober 2020, „alle seebezogenen Streitigkeiten zwischen der Türkei und Zypern beizulegen“. Sollte dies geschehen, stellen die EU dem Land eine „positive politische EU-Türkei-Agenda“ in Aussicht. Dazu gehören eine Modernisierung der Zollunion, Handelserleichterungen und weitere Milliardenhilfen für die Versorgung von Flüchtlingen aus Ländern wie Syrien.

Josep Borrell, Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der EU-Kommission

Die EU hatte im März eine neue Struktur der Verhandlungen beschlossen. So sind Beitrittsverhandlungen künftig umkehrbar. (pr) >|

KAMPF GEGEN DISKRIMINIERUNG

Kommission will Lage der Roma bis 2030 entscheidend verbessern

Die Kommission verstärkt ihren Kampf gegen die Diskriminierung von Roma in der EU und hat dazu einen neuen Zehnjahresplan für mehr Gleichstellung und Inklusion auf den Weg gebracht. „Wir haben in den letzten zehn Jahren schlicht und ergreifend nicht genug getan, um die Roma-Bevölkerung in der EU zu unterstützen. Dafür gibt es keine Entschuldigung. Viele Menschen sind nach wie vor Opfer von Diskriminierung und Rassismus, und das können wir nicht akzeptieren“, sagte Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová.



© Melinda Nagy / Shutterstock.com

Roma im rumänischen Pata Rat werden in eine Siedlung nahe einer Müllkippe abgedrängt.

> „Heute nehmen wir einen neuen Anlauf, um mit klaren Zielvorgaben und einer erneuten Zusage Abhilfe zu schaffen und echte Veränderungen in den nächsten zehn Jahren zu bewirken.“

Mit ihrem Aktionsplan setzt die Kommission eine Ankündigung von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen um, die in ihrer Rede zur Lage der Union ein verstärktes Vorgehen gegen Rassismus angekündigt hatte. „Antiziganismus ist eine spezifische Form von Rassismus“, sagte die für Gleichheitspolitik zuständige Kommissarin Helena Dalli bei der Vorstellung des Programms in Brüssel.

Eine in diesem Jahr vorgelegte Untersuchung der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) in sechs Mitgliedstaaten hatte ergeben, dass fast die Hälfte der Roma von Diskriminierungen berichten. Ebenso sei das Vertrauen in Polizei und Rechtssystem gering. „Damit die EU zu einer Union wird, in der echte Gleichheit herrscht, müssen wir dafür sorgen, dass Millionen von Roma gleich behandelt werden und sozial integriert sind“, mahnte Dalli an.

Im Rahmen des Aktionsplans wird bis zum Jahr 2030 unter anderem angestrebt:

- > **Gleichstellung:** Der Anteil der Roma, die Diskriminierung erfahren, soll bis Ende des Jahrzehnts halbiert werden. Zugleich sollen Diskriminierungen verstärkt gemeldet werden. Die Armutslücke zwischen Roma und dem allgemeinen Durchschnitt der Bevölkerung soll bis 2030 um mindestens die Hälfte verringert werden. Die Unterschiede bei der Lebenserwartung sollen von zehn auf fünf Jahre halbiert werden.
- > **Inklusion:** Die Zahl der Roma-Kinder, die in manchen Mitgliedstaaten an segregierten Grundschulen unterrichtet werden, soll bis 2030 deutlich sinken.
- > **Bildung:** Verringerung der Unterschiede bei der Inanspruchnahme frühkindlicher Erziehung um mindestens die Hälfte.
- > **Beschäftigung:** Die allgemeine Beschäftigungslücke sowie die genderspezifische Beschäftigungslücke sollen bis 2030 um mindestens die Hälfte sinken.
- > **Gesundheit und Wohnen:** Die mit Blick auf die Wohnungsnot bestehenden Unterschiede sollen bis 2030 um mindestens ein Drittel abgebaut werden. Der Anteil der Roma mit Zugang zu Leitungswasser soll bis zum Ende des Jahrzehnts auf 95 Prozent steigen.

Die Kommission forderte die Mitgliedstaaten auf, bis September kommenden Jahres nationale Strategien vorzulegen und alle zwei Jahre über deren Umsetzung Bericht zu erstatten. „Die Roma sollen in Europa als Teil der Vielfalt unserer Union gewürdigt werden, sich in unseren Gesellschaften einbringen und alle Möglichkeiten besitzen, uneingeschränkt ihren Beitrag zum politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben in der EU zu leisten und daraus Nutzen zu ziehen“, sagte Dalli.

Viele Politikbereiche, die mit mehr Gleichstellung und Teilhabe der Roma zusammenhängen, fallen in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Die EU spielt jedoch eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Orientierungshilfen anzubieten, die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu koordinieren, Fortschritte zu überwachen und Unterstützung aus EU-Mitteln zu leisten. (pr) >|

■ *Anti-Diskriminierungsstrategie*

Die Roma – Eine Minderheit in Europa

Als Roma wird eine Gruppe von Menschen bezeichnet, deren Sprache (beziehungsweise die ihrer Vorfahren) sich auf das indogermanische Romanes zurückverfolgen lässt. Die EU-Kommission geht von zehn bis zwölf Millionen Roma in Europa aus, davon leben sechs Millionen in den Mitgliedstaaten der EU. Neben der EU setzen sich auch der Europarat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) für die Gleichstellung der Roma ein.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 19.10.2020 18.00–20.00 Uhr	„Rechtsextremismus und Hass im Netz – europäische Lösungen?“ Vortrag Veranstalter: Center for Applied European Studies	Online	www.frankfurt-university.de/de/newsmodule/caes/?tx_news_pi1%5Bnews%5D=4700&tx_news_
> 19.10.2020 20.00–21.00 Uhr	„Die deutsche Ratspräsidentschaft im Zeichen der Corona-Pandemie – eine Zwischenbilanz“ Vortrag Veranstalter: Europa-Union Tübingen	Online	www.europatermine.de
> 20.10.2020 10.00–11.00 Uhr	„Die Parlamentarische Dimension der EU-Ratspräsidentschaft“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europa-Union Deutschland	Online	www.europatermine.de
> 20.10.2020 19.00–20.30 Uhr	„Green Deal – EU-Klimakonzept“ Online-Diskussion Veranstalter: EUROPE DIRECT Informationsbüro Aachen	Online	www.europedirect-aachen.de/events/termine/green-deal-eu-klimakonzept-am-20-10-2020
> 21.10.2020 17.00–19.00 Uhr	„Rechtsstaatlichkeit in der EU“ Podiumsdiskussion Veranstalter: EIZ Rostock e.V.	Rathaus Neustrelitz Markt 1 17235 Neustrelitz	www.europatermine.de
> 23.10.2020 18.30–20.00 Uhr	„Norwegen – (noch) kein Mitglied der EU“ Vortrag Veranstalter: Europa-Union, Landeshauptstadt Wiesbaden / Rheingau-Taunus	Hessisches Landesmuseum Friedrich-Ebert-Allee 2 65189 Wiesbaden	www.europatermine.de
> 26.10.2020 09.30–15.00 Uhr	„Wie wollen wir in der EU leben? Europäische Politik im Alltag“ Europäisches Jugendforum Veranstalter: Bayrischer Landtag, Europäisches Parlament-Verbindungsbüro München, Centrum für Angewandte Politikforschung (CAP)	Bayerischer Landtag Maximilianeum Max-Planck-Straße 1 81675 München	www.europarl.europa.eu/germany/de/jugend-schulen/jugendforen
> 26.10.2020 19.00 Uhr	„Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Erwartungen und Ergebnisse – eine Zwischenbilanz“ Bürgerdialog Veranstalter: Landratsamt Ostalbkreis	Ostalbkreis Stuttgarter Straße 41 73430 Aalen	www.ostalbkreis.de/sixcms/detail.php?template=kalender_detail&_topnav=38&_sub1=164&_sub2=97422&_sub3=156470&id=302945
> 29.10.2020 16.00–17.00 Uhr	„Aktuelle Herausforderungen für die EU“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union, Landeshauptstadt Wiesbaden / Rheingau-Taunus	Roncallsaal Friedrichstraße 26-28 65187 Wiesbaden	www.europatermine.de
> 31.10.2020 11.00–17.00 Uhr	„Auf in die Welt – Deine Messe für Auslandsaufenthalte“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Deutsche Stiftung Völkerverständigung	Phorms Campus Berlin Süd Harry-S.-Truman-Allee 3 14167 Berlin	www.aufindiewelt.de/messen/31102020-berlin/
> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de			

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2020

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2020

AB SOFORT ENTSCHEIDEN PUBLIKUM UND PARLAMENT GEMEINSAM

Filmpreis LUX Award mit neuem Konzept

An der Auswahl des Gewinnerfilms des Filmpreises „LUX Award“ wird künftig das Publikum direkt beteiligt sein. Vergeben wird der Preis ab sofort gemeinsam vom Europäischen Parlament und der European Film Academy, mit Unterstützung der Europäischen Kommission und Europa Cinemas. Dies sieht das neue Konzept für den LUX Filmpreis vor, der vor 13 Jahren vom Europäischen Parlament geschaffen wurde, um den Vertrieb von europäischen Filmen zu unterstützen.



© Shutterstock

Im Herbst wird eine Jury aus Filmschaffenden drei Filme auswählen, die mit den 24 offiziellen EU-Sprachen Untertitelt werden. Bis April werden die Filme dann in ganz Europa vorgestellt. Über den Gewinnerfilm entscheiden zu je 50 Prozent das Publikum und die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Die Verleihung des LUX Award und Bekanntgabe des Gewinnerfilms findet am 28. April im Europäischen Parlament statt.

■ *Filmpreis LUX Award*

ERASMUS+-PROJEKTE

Internationalisierung der Berufsbildung

Bei der Qualifizierung von Fachkräften spielen internationale Berufserfahrungen eine immer wichtigere Rolle. Doch individuelles Lernen im Ausland ist nur ein Aspekt der Internationalisierung. Auch berufsbildende Schulen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen richten sich auf die neuen Rahmenbedingungen aus. Damit wird auch das Berufsbildungssystem internationaler.



© Shutterstock

Die Internationalisierung der Berufsbildung spielt auch bei Erasmus+ eine zentrale Rolle. Erasmus+-Projekte unterstützen Einrichtungen der Berufs- und Erwachsenenbildung und Unternehmen bei gezielter internationaler Ausrichtung der Berufsbildung. Dies umfasst unter anderem den Ausbau von Auslandsaufenthalten für Lernende und Lehrende, die Aufnahme von Auszubildenden und Bildungspersonal aus dem europäischen Ausland sowie die Gründung und den Ausbau von europäischen Netzwerken.

■ *Internationalisierung der Berufsbildung*

ACCESS2MARKETS

Informationen über 120 Exportmärkte abrufbar

Das neue Online-Portal der EU-Kommission Access2Markets soll kleinen und mittleren Unternehmen den Handel über die Grenzen der EU hinaus erleichtern. Das neue Portal hat das Ziel, die EU-Handelsabkommen für Unternehmen besser zu erklären und ihren Nutzen deutlich zu machen. Es richtet sich an Unternehmen, die bereits international Handel betreiben ebenso wie an jene, die gerade erst beginnen, Möglichkeiten auf ausländischen Märkten zu erkunden.

Unternehmen können mit nur wenigen Klicks Zölle, Steuern, Ursprungsregeln, Produkthanforderungen, Zollverfahren, Handelshemmnisse und Handelsstatistiken zu einem bestimmten Produkt nachschlagen, das sie importieren oder exportieren möchten. Erfasst werden über 120 Exportmärkte.

■ *Online-Portal Access2Markets*

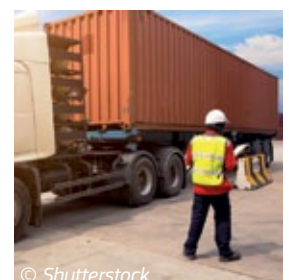
EUROPÄISCHE JUGENDZIELE

Toolbox soll bei Umsetzung helfen

Wohin soll sich Europa aus Sicht junger Menschen entwickeln? Welche Themen sind ihnen dabei wichtig? In den letzten Jahren waren junge Menschen aus der ganzen EU aufgefordert, ihre Meinungen und Vorschläge in die Diskussion über die neue EU-Jugendstrategie einzubringen. Das Ergebnis waren elf europäische Jugendziele. Diese fassen zusammen, welche Themen junge Menschen in Europa bewegen. Mit dabei sind nicht nur die „klassischen“ Jugendthemen wie Bildung oder Beteiligung. Auch Nachhaltigkeit, psychische Gesundheit und Gleichberechtigung der Geschlechter spielen aus Sicht junger Menschen in der EU eine wichtige Rolle. Die Ziele sollen in die neue EU-Jugendstrategie 2019-2027 einfließen. Umgesetzt werden sie über die beiden EU-Jugendprogramme Erasmus+ JUGEND IN AKTION und Europäisches Solidaritätskorps.

Im Rahmen der Strategischen Partnerschaft "Youth Goals Laboratory" haben jetzt fünf nationale Jugendräte aus Österreich, Kroatien, Portugal, Deutschland und Zypern eine Toolbox zu den Zielen entwickelt. Die Toolbox richtet sich an alle, die auf regionaler und lokaler Ebene gemeinsam mit jungen Menschen an den Europäischen Jugendzielen arbeiten wollen. Nationale Arbeitsgruppen und Entscheidungsträger sowie Jugendbetreuer, Jugendorganisationen und Jugendgruppen können die Toolbox für ihre Dialogaktivitäten nutzen.

■ *Toolbox für die europäischen Jugendziele*



© Shutterstock